

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Anrechnung für Deutschland, Dänig, Saar- und Rheinland 3000 M., für das übrige Ausland 4000 M. ...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 600 M. ...

Morgenausgabe

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 8. Februar 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Französische Provokateure.

Die Arbeiterverbände warnen vor Spiegeln.

Essen, 7. Februar. (WZB.) Die Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie einmütig darauf hinweisen, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet in ein neues Stadium eingetreten ist.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Nach Pariser Meldungen hat der Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer gemeinsam mit dem General Weygand und dem Bergwerksdirektor Guillaume dem französischen Ministerium über die Lage im Ruhrgebiet Bericht erstattet.

Die Handelskammer wehrt sich...

Sie gesteht aber die Tatsachen ein.

Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten im Reichstag am 2. Februar 1923 hat der frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt (Berlin), scharfe Angriffe gegen die Handelskammer zu Berlin wegen der von ihr auf Grund des Gesetzes vom 2. Februar 1922 erteilten Devisenhandelsbescheinigungen gerichtet.

Tanks gegen Passanten.

Das Theater wird mit der Reitspalle geräumt.

Recklinghausen, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Zu großen Ausschreitungen der Franzosen kam es hier heute nachmittag. Einige Polizeibeamte wurden von Franzosen verhaftet, weil sie nicht grüßten.

Die Schwierigkeiten der Ruhrbesetzung.

Paris, 7. Februar. (WZB.) Zur Lage im Ruhrgebiet schreibt der Sonderberichterstatter des "Welt Journal", das große französisch-deutsche Duell könne wie folgt gekennzeichnet werden: Auf der einen Seite ein vom Kohlenhunger betroffenes Land, auf der anderen Seite wir, die Gefahr laufen, in große Schwierigkeiten zu geraten, wenn nicht erstickt zu werden durch eine Kohlenverstopfung.

Die Kohlensteuer soll beibehalten werden.

Ludwigshafen, 7. Februar. (WZB.) Nach dem Vorbild des französischen Holzkomitees haben die Franzosen in der Pfalz jetzt noch ein französisches Kohlenkomitee zur Durchführung der mit dem Rheinlandabkommen von dem Friedensvertrag in Widerspruch stehenden Sonderordnung über die Beibehaltung der Kohlensteuer ernannt.

Verurteilung der Mainzer Demonstranten.

Die anlässlich der Rundgebung beim Thissen-Prozess in Mainz verhafteten jungen Leute wurden vom Militärpolizeigericht zu vier Monaten Gefängnis (!) verurteilt.

Proteststreik.

Recklinghausen, 7. Februar. (WZB.) Wegen der Verhaftung von Schupobeamten wurde heute ein 24stündiger Proteststreik beschlossen, der von morgen früh an in Kraft treten soll.

Militär gegen die Saargruben.

Saarbrücken, 7. Februar. (WZB.) Sicheren Meldungen zufolge sind mehrere Gruben des Saargebietes von französischem Militär besetzt worden, obwohl gar kein Anlaß zum militärischen Eingreifen vorliegt, da alles in Ruhe und Ordnung verläuft.

Zu den französischen Meldungen, daß ein Bergarbeiterstreik in Lothringen noch nicht ausgebrochen sei, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Delegierten der lothringischen Bergleute beschloffen haben, in den Ausstand zu treten, falls nicht bis Mittwoch von den Grubenbesitzern neue Zugeständnisse gemacht werden.

Die französischen Bergarbeiter haben an die streikenden Saarbergleute ein Sympathietelegramm gerichtet.

Für den internationalen Frieden!

Protestkundgebung in Paris.

Paris, 7. Februar. (WZB.) Die sozialistische Partei des Seine-Departements kündigt für morgen abend eine große öffentliche Versammlung für den internationalen Frieden an.

Protest der lettischen Gewerkschaften.

Riga, 7. Februar. (WZB.) Die lettischen Gewerkschaften veröffentlichen eine Rundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. In dieser heißt es, die Abtrennung dieses Gebiets, das das Herz der deutschen Industrie darstelle, stürze das deutsche Proletariat in Verelendung.

„daß die Berliner Handelskammer an 1249 Firmen die Erlaubnis zum Devisenhandel erteilt hat, die sonst überhaupt nicht Bankgeschäfte betreiben, und zwar befinden sich darunter 21 Lottereeinnehmer, einige Expediteure und eine große Anzahl Zigarrengeschäfte.“

Die Handelskammer Berlin versucht diese Vorwürfe in einer Veröffentlichung folgendermaßen zu entkräften:

„Wenn der Abgeordnete Schmidt hieraus „ein leichtfertiges Umgehen mit Erlaubniserteilung“ folgert, so beweist das seine völlige Unkenntnis des Inhaltes des Gesetzes, das er als Reichswirtschaftsminister mit unterzeichnet hat.“

Durch das Gesetz vom 2. Februar 1922 wurde der Devisenhandel nicht verboten, sondern einem Vermittlungszwang durch Banken, welche die Finanzämter von den Abschlüssen benachrichtigen sollten, unterstellt. Der Handelskammer wurde die Aufgabe zugewiesen, Bescheinigungen darüber zu erteilen, daß ein Gewerbebetrieb „Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel regelmäßig mit sich bringt, und zwar an Banken und Bankiers einerseits (§ 1), an andere im Handelsregister eingetragene Kaufleute andererseits (§ 2).“

Der Abg. Schmidt (Berlin) vertönt also das Wesen und die Bedeutung der Handelskammerbescheinigung, indem er sie als „Erteilung der Erlaubnis zum Devisenhandel“ aufzufaßt.

Er wundert sich ferner ganz grundlos (!) darüber, daß die Handelskammer Bescheinigungen an Firmen, die sonst überhaupt nicht Bankgeschäfte betreiben“, erteilt hat, da die Kammer nach dem Gesetze die Bescheinigungen diesen Firmen nicht erteilen durfte, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt wären, d. h. nachgewiesen wurde, daß der Gewerbebetrieb „Geschäfte über ausländische Zahlungsmittel regelmäßig mit sich bringt.“

Am übrigen ist es bezeichnend, daß der Abg. Schmidt-Berlin die auf Grund des Gesetzes vom 2. Februar 1922 erteilten Bescheinigungen im Februar 1923 im Zusammenhang mit dem neuen Währungsbescheid hat.

Daß weder unter der Geltung des Gesetzes vom 2. Februar 1922 noch unter der späteren Verordnung das erstrebte Ziel, nämlich die Beschränkung des wirtschaftlich unberechtigten Devisenhandels, erreicht wurde, ist dem Abgeordneten Schmidt zuzugeben.

Die Handelskammer dementiert, indem sie die Tatsachen, die Genosse Schmidt erwähnt hat, zugibt. Mit vielen Worten redet sie an diesen Tatsachen vorbei, um über folgende überaus wichtigen Feststellungen hinwegzuleiten.

war. Obwohl dieser Zweck eingestandenemassen nicht erreicht wurde, hat die Handelskammer nicht das geringste getan, um die Einschränkung der Devisenpekulation zu verschärfen, sondern sie hat im Gegenteil jede Devisenregelung bekämpft. Sie ist also mit schuldig an dem gegenwärtigen Marktsturz.

Den Versuch einer groben Irreführung stellt es dar, wenn die Handelskammer sich darauf beruft, es seien den am Einfuhrhandel beteiligten Kreisen nur 1249 Bescheinigungen gegeben worden. Die Zahl der ausgegebenen Handelskammerbescheinigungen ist wesentlich größer; wenn man den auch von der bürgerlichen Presse gegeißelten Unflug der Wechselstuben bekämpft, indem man Zigarrenhändlern und Lottereeinnehmern, die nicht das geringste mit der Wareneinfuhr zu tun haben, Erlaubnisscheine zum Handel mit fremden Zahlungsmitteln ausshändigt, so handelt man gegen den Geist der zur Einschränkung des Devisenhandels getroffenen Bestimmungen und hat kein Recht, sich auf ihren formalen Wortlaut zu berufen, es sei denn, daß man nicht ungern dem Spekulantentum Vorparadise leistet, unter dem das ganze Volk leidet.

Genosse Robert Schmidt schreibt uns zu der jamaiken Erwiderung der Handelskammer:

Die Zuschrift der Berliner Handelskammer nötigt mich, ein wenig näher auf die Praktiken dieser Korporation einzugehen. Viel wichtiger als der Exturs über die juristische Frage, ob Bescheinigung, Genehmigung oder Erlaubnis im Devisenhandel von der Handelskammer zu erteilen ist, wäre eine Erklärung, wie man sich von jener Seite zu der Überhandnahme der Nebelstünde im Devisenhandel verhält. Denn werden wir von dieser Spekulation, die an der Börse ihr verderbliches Spiel treibt, nicht befreit, dann gehen wir einer fortgesetzten Auswanderung der ärmeren Volksschichten entgegen, die unermesslich wird. Alle Bescheinigungsordnungen, die die Handelskammer gegen die Auswüchse an der Börse von jeher erteilt, bestätigen nur, daß hier weder der ernste Wille, eine Besserung herbeizuführen, noch eine objektive Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse sich Geltung verschafft hat. Deshalb der Kampf gegen die Devisenordnung und ihre Vorgänger, die Vertretung der geschäftlichen Freiheit unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Schädigung, die damit dem Gesamtinteresse zugesetzt wird. Die Handelskammer wäre das Institut, das aus seinen Kreisen heraus Reformen vorschlagen müßte, aber man beschränkt sich darauf, die Börse gegen jeden Eingriff in ihren Machtbereich zu verteidigen.

Die Verordnung vom 2. Februar 1922 hat der Handelskammer die Befugnis gegeben, an diejenigen Personen und Personvereinigungen eine Bescheinigung zum Devisenhandel zu erteilen, die in ihrem Gewerbebetrieb regelmäßig für ihren Geschäftsverkehr ausländischer Zahlungsmittel bedürfen. Alle Achtung vor dem Geschäft der Handelskammer, Zigarrengeschäfte und Lottereeinnahmer als solche Gewerbeunternehmungen zu erachten, die regelmäßig für ihren Geschäftsverkehr ausländische Zahlungsmittel gebrauchen. Vielleicht bekomme ich noch die Bescheinigung, daß solche Unternehmungen nahezu regelmäßig Weltaufträge für auswärtige Kennplätze übernehmen und damit ihr Zahlungsverkehr in ausländischer Währung nachgewiesen ist! Nach den Proben, die ich von der Berliner Handelskammer erlangt habe, würde mich das nicht überraschen.

Es handelt sich bei meinen Angaben nicht um Zigarrenfabriken, wie die Zuschrift der Handelskammer vorfälschen will, nein, um Zigarrenläden, um ganz deutlich zu werden. Wenn die Herren von der Handelskammer sich einmal in Berlin umsehen würden, dann sollten sie sich selbst fragen, wie es möglich ist, daß in sozial Wechselstuben, Zigarrengeschäften und Lottereeinnahmen Devisenhandel betrieben werden kann, ohne daß in der Handelskammer bei

dieser Vertretung des ehrbaren Kaufmannsstandes Anstoß daran genommen wurde.

Der Einwand der Handelskammer, daß ja gegenwärtig ihre Bescheinigung nicht mehr in Kurs sei, will nichts besagen, denn in meiner Kritik handelt es sich um die Aufzucht des Devisengewerbes durch die Handelskammer. Nach ihr ist die Sache schon von selbst weitergegangen.

Darf ich darauf hinweisen, daß durch einen Erlaß des preussischen Handelsministers vom 14. September 1922 die Handelskammern aufmerksamer gemacht wurden, bei Erteilung von Bescheinigungen an Wechselstuben und ähnlichen Betrieben die Zuverlässigkeit des Inhabers des Unternehmens zu prüfen, besondere Sorgfalt hier anzuwenden, und auch die Bedürfnisfrage zu berücksichtigen? Daß dieser Anforderung Rechnung getragen ist, kann doch wohl nach dem gegebenen Beispiel nicht gut behauptet werden. Schließlich bin ich wohl noch daran schuld, daß die Handelskammer von ihrer Befugnis diesen leichtfertigen Gebrauch gemacht hat, da sie sich anscheinend selbst für ungeeignet hält, eine solche Aufgabe sachgemäß zu erfüllen? Das letztere wäre eine Entschuldigung, die sich hören ließe, aber kein Beweis, daß meine Kritik unberechtigt war.

## Steuerfreiheit für Millionäre!

### Steuerpraxis der Bürgerlichen.

Der völlige Zusammenbruch des deutschen Besitzsteuersystems infolge der Marktskatastrophe ist so deutlich, daß ihn selbst die Vertreter von Kapitalinteressen kaum noch bestreiten. Trotzdem ist zu befürchten, daß auch die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen, die jetzt im Steuerausschuß des Reichstages begonnen hat, nichts oder nicht viel daran ändert. Die Verhältnisse beim Vermögenssteuergesetz lassen dieses Befürchten der Besitzsteuern am deutlichsten erkennen. Für die Vermögenssteuer sollen die Vermögen veranlagt werden auf Grund ihres Standes vom 31. Dezember 1922. Die Bewertung erfolgt in Papiermark, die Zahlung in vier Raten im Laufe des Jahres 1923! Es ist klar, daß angesichts der starken Geldentwertung diese ganze Steuer bereits entwertet ist, ehe noch die Veranlagung begonnen hat.

Das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung enthält keinerlei zweckmäßige Vorschläge zur Abschaffung dieser unermesslichen Mißstände. Es will vielmehr den Steuertarif auseinanderziehen. Einige Bestimmungen, die angeblich dem Kleinrentner dienen, zeigen, wie bei den Besitzsteuern aus Vernunft Unfug geworden ist. Diese Bestimmungen wollen Kapitalvermögen bis zu 600 000 Mark steuerfrei lassen. Insbesondere bei festverzinslichen Werten ist diese Freigrenze berechtigt, da sie hier wirklich dem Schutz der Kleinrentner dient. Wenn man es so liebt, möchte das leidlich scheinen. Da aber das in Industrierpapieren angelegte Vermögen nach lächerlich niedrigen Durchschnittskursen eingeschätzt wird, entspricht hier ein von der Steuer auf 800 000 Mark geschätztes Vermögen nach heutigem Geldwert einem Vermögen von ungefähr 60 Millionen Mark. Große Spekulationsvermögen, deren Besitzer die treuesten Kunden der Kurstafeln sind, würden also unter die Befreiungsvorschrift fallen und völlig steuerfrei bleiben!

Hinzu kommt, daß, wenn nicht im Laufe der Beratung die Bewertungsrichtlinien gründlich geändert werden, Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark nur lächerliche Steuerbeiträge — zwischen 500 und 5000 M. jährlich an Vermögenssteuern zu zahlen haben. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses haben gegen diese Bestimmungen des neuen Entwurfes angekämpft, jedoch ohne Erfolg. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses hat die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen mit der Steuerfreiheit für Millionäre begonnen.

## Patriotismus und Profit.

Von unterrichteter Seite wird durch W.B. folgende Mitteilung verbreitet:

Durch die Tageszeitungen geht eine Veröffentlichung über ein Abkommen zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung betreffs Errichtung einer Stickstoffabrik in Frankreich. Dieses Abkommen ist tatsächlich im Jahre 1919 zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung abgeschlossen worden, in einer Zeit, in welcher die Badische Anilin- und Sodafabrik von der französischen Besatzungsbehörde besetzt war und die Gefahr bestand, daß das, was vertragsmäßig erreicht wurde, ohne Vertrag durch Gewalt von den Franzosen genommen würde.

Soweit das Dementi, das offenbar von beteiligter Seite stammt.

Inwieweit Ende 1919 die „Gefahr“ bestand, daß die Patente der Badischen Anilin- und Sodafabrik von den Franzosen durch Gewalt genommen würden, lassen wir dahingestellt. Es läßt sich jedenfalls schwer der Nachweis erbringen, daß die Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik durch einen vorgehaltenen Revolver ebenso zur Hergabe ihrer sonst sorgsam geführten Betriebsgeheimnisse hätten gezwungen werden können, wie etwa die streikenden Eisenbahner im Ruhrgebiet durch Anwendung von Wassergewalt zur Arbeitsleistung angehalten werden, ohne daß sie deswegen einen Prozentvertrag abgeschlossen hätten.

Zur Sache selbst möchten wir noch bemerken, daß wir die Freigabe von technischen Neuerungen und Verbesserungen zur Benutzung für alle Nationen ebenso wünschenswert erachten wie die Herstellung guter deutsch-französischer Beziehungen durch engere Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen beider Nationen. Über ebenso wie die Leistungen des Erfindergeistes durch das kapitalistische System zum Gegenstand des erbitterten Kampfes kleiner Interessentengruppen herabgedrückt werden, wird die Herstellung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk durch die nationalistiche Politik der kapitalistischen Oligarchen diesseits und jenseits des Rheins gehemmt oder gar unterbunden.

Sind aber die Bestrebungen der Badischen Anilin- und Sodafabrik einwandfrei, so bleibt es unerfindlich, warum sie die Veröffentlichung der Einzelheiten des Vertrages nicht selbst vornahm, sondern fremder Initiative überließ.

## Deutschlands größte Sorge.

In dem kaum noch beachteten „Reichsboten“ macht der Fabrikbesitzer Heinrich Freese, der früher einmal den Ehrgeiz hatte, als sozialer Reformator zu gelten und der später aus Zorn über den Fehlschlag seiner Experimente nur noch „Selbst“ in seinen Betrieben einleitete, Propaganda für die Rückkehr des Kronprinzen. Nach einigen Attaken auf die Tränenrüben sagt er:

„Ich glaube deshalb, im Sinne vieler Volksgenossen zu handeln, wenn ich nochmals die Öffentlichkeit anrufe und die Reichsregierung bitte, den Kronprinzen endlich aus seiner unwürdigen Lage zu befreien. Die Freiheit, die unseren letzten in Feindeshand geratenen Kriegern erwirkt worden ist und die wir im besetzten Gebiet den Opfern feindlicher Willkür erringen wollen, darf auch dem Kronprinzen Wilhelm nicht länger vorenthalten werden.“

Herr Freese ist, das deutsche Volk und die Reichsregierung haben ganz andere Sorgen als die um das Schicksal eines Mannes, der in diesen Schicksalstagen für Deutschland kein anderes Interesse hat, als sein ehemaliges Vaterland mit höchst eitlem Photographien und aufdringlichen Propagandaschriften zu überschwemmen. Wir erwarten, daß die Reichsregierung ein größeres Maß vom Tatgefühl besitzt, als dieser sentimentale Fabrikbesitzer und sein, soweit es Deutschlands Not betrifft, so gar nicht sentimentaler „Kronprinz“.

## Stichproben.

Musikantenschau von Kurt Singer.

**Fachspieler:** Es gibt Musiker, die spielen falsch aus einem ungebärdigen, ungebändigten, genialen Temperament heraus: Albert. Man jubelt ihm zu, trotz der falschen Töne. Es gibt Spieler, die einfach pfeifen, aus Mangel an Technik, aus Vampensieber: der Debütant, der Durchschnitter. Heute aber hört man viele falsch spielen und man sagt sich: weil es falsch klingt, wird es wohl richtig sein. Denn klang moderne Musik unferem Ohr richtig (und schön), so wäre sie eben ihrem Prinzip und Stil nach falsch. Da ist man in Verlegenheit, die ohne Erfolg der Noten unrettbar ist. Was ich von tschechoslowakischer Musik hörte (unter den sorgsamsten, kultivierten Händen Sclav Stepan's), klang sehr neben der Melodie, ein wenig absichtlich apart. Rhythmische, tänzerische Eigenheiten, auch landschaftsentimentale, schlichte Weisen ringen sich nicht ohne Gewalt durch, lassen aber (bei Kriza, Sut) einen Ton anklängen, der uns interessiert, Stepan's Vandoheute festelt. Kals Ringnes wirkt wie eine Sonate von Harald Caeverud hin, die man eine Baulenonate nennen möchte. Sie hat einen unerhörten Sturm, eine Steben-temperatur in sich, das presto dominiert und vercheucht jeden ruhigen Gehang. Mit den Farben des Orchesters spielt das Klavier, ohne seine Biegsamkeit zu erreichen, ohne zu bedenken, daß bei so kläntlichen Anfängen Zielgerungen unmöglich sind. Ringnes ist ein prächtiger, sinnlicher, blutiger Ruffant. Die Kaiserin, der aufbegehrende Schwung solcher Musik verbindet keine großen Künste zu großer, junghafter Kunst. Frida von Kluitze macht hier und da, griffenreicher, ein paar Fehlschritte; auch mangelt ihr physische Kraft. So gelangen die brillanten Variationen Chopins nicht gerade brillant. Im „Bharonenland“ Klemens gibt sie kleine Stimmungsbilder plastisch, mit frischer Unbekümmertheit und eindringlicher Musikalität. Elisabeth Kelmsh-Bahr singt falsch, ja, sie klammert die Töne, statt Intervalle zu treffen. Ihrem nicht gerade frischen, aber guten Material mußte eine pädagogische Hilfe bespringen, um ihren Gehang künstlerisch wirken zu lassen, feilenvoll, hemmungslos.

**Die Korrekten:** Weingartner ist unter sie geraten. Die absolute Sicherheit, die Genialität seines technischen Könnens lassen ihn nicht mehr so die Tiefe eines Kunstwerks ergründen, wie in seiner früheren Berliner Zeit. Die überlegene Würde, die Glätte seiner Stabführung, die Subtilitätsfinesse sind vorbildlich geblieben und überragen auch tatsächlich das Gros der Dirigenten turmhoch. Grise Drucker, die er begleitet, ist in ihrer Sopranhöhe sympathisch, ein voll gesättigtes, warm klingendes Organ besetzt den Ausdruck. Ein paar Schreie, eine sehr unausgeglichene Mittel-lage bedürfen der Hilfe. Dieser Schrei geht auch da, wo Margarete Valski, die Engländerin, singt. Die Koloratur ist holperig, der Lomanoh hart. Weder Nojari noch Venonacallo sind ihrer Technik bequem. Das mag aus englischen Blut liegen. In Volkstheatern ihrer Heimat gibt sie ihr Bestes, schöne, innige, gefühlsmäßig vorgetragene Stimmungsstücke. Wera Winogradova hat viel gelernt, viel gelesen. Sie komponiert nach guter Schulaegel, nicht ohne Einfalt, doch mit viel leeren Worten, die sich noch dazu oft wiederholen. Ihr Klaviersatz ist besonders geschickt, und sie spielt mit Bravour. Josef Karon gelangt ihre Suite zum Teil mit blendendem Schwung, zum Teil höchst belangweil. Aber das kann man ihm nicht gerade verübeln. Klaus Weingehelm hat schon mehr-

fach gezeigt, daß er sein Handwerk als Komponist versteht. Im Theater verflingt es oft recht. Seine Orchesterleiter (auf Texte Weingers und Storms) haben Anwortlichkeit, öfter gehört zu werden. Diese Partituren sind mit einer höchst delikaten Feder geschrieben, in düsteren, besonders eindringlichen Farben ist eine frei ausfallende, textlich gut gegliederte Sprache eingebettet, und auch der große Orchesterorgasmus meldet sich zur rechten Zeit. Gewiß haben Wagner und Mahler hier Vorkurs gefunden; doch sind die vier Gesänge als Vorstufen, zu recht persönlicher Kunst beachtens- und begründenswert. Rudolf Krafft hat sich zu den Maximern des Charlottenburger Opernhauses eine dankbare Gemeinde erzogen. Guts Arbeit wird getan, das Populäre mit dem Unbekannten verbunden. Die Begleitung zum D-Roll-Konzert von Brahms war ohne Feuer, ohne Entzückung, ohne Leberträge, nur — metronomisch. So hätte Richard Glas Ruhe, seinen Willen durchzusetzen. Er hat es, wenn ihm die solistische, ungelitete Thrale zufiel. Ohne gerade mitzureißen, packt er das Werk mit starker Hand, singt eine weiche Melodie und sollte nur den Triller pflegen, ohne dessen Vollendung Brahms op. 15 an Charakter einbüßt.

**Bücher:** Unsere besten Freunde, die Bücher, kommen immer noch in guten, soliden Einbänden, auf weißem Papier gedruckt, unbedünnt, als Dauerberater, die selten enttäuschen als Partituren, Konzerte. Letzte Vollkommenheit eines Musikbuches, im Tempo, im Stil, in der Bediegenheit des Inhalts und im Schwung des Wortes den Geist einer Zeit, die Seele eines Künstlers aufleben zu lassen. Diese mitreißende Leidenschaft hat Weismann's „Berdi“, Descens „Johann Strauß“. In beiden ist zum erstenmal eine große Epoche mit allen künstlerischen, kulturellen, gesellschaftlichen Bedingungen bloßgelegt. Dort Italien und Musikdrama, hier Wien und Tanz. Rapps „Weder“ geht mit philologisch sorgfältig dem Leben, Leiden und Wirken des Reformators der deutschen Oper nach, nach unerschlossenen Quellen und mit Begeisterung für den Meister. Paul Keller berührt Zeitfragen in seinem Buch „Klang und Gros“, mit dem ihm eigenen leidenschaftlichen Stil und in kritischer Leberlegenheit. Kaum ein Kapitel, was nicht Angriffsflächen böte, aber keine Seite, die nicht ihren persönlichen Charakter wählte. Das grundlegenden Werk über die Ästhetik und „Philosophie der Musik“ schrieb Paul Roos, das Werk eines deutschen Sammlers, dem nichts entging, der mehr zusammenstellte als schuf, der in diesem Riesenband aber die unerbörte Fülle musikhilosophischer Ideen aus vielen Jahrhunderten mit prägnant-klugem Wort begleitet. All diese genannten Bücher gab in kurzer Zeit die Deutsche Verlagsanstalt heraus, der auch die Wiederherstellung der besten Fachzeitschrift, eines ohne politische und künstlerische Engbergigkeit für Gutes, Altes, Neues und Zukünftiges stehenden Organs, der „Musik“, zu danken ist. Siegfried Ochs ist einer der anregendsten, klügsten, wissendsten Blauderer, die unter Musikern zu finden sind. Auch in seinem Remourenwerk „Gesehene, Gesehene“ plaudert ein mihioer, ein gelehrter, ein bei den Beliebigkeiten der Zeit beliebter Musiker. 30 Jahre Berliner Musikleben ziehen an uns vorbei, gezeichnet in ihren Hauptrepräsentanten, Stätten, Bewegungen. Und über alles steigt ein scharfer Blick, spricht ein geredetes Wort, in Dankbarkeit, in Stolz, in Zorn. (Verlag Grethlein, Leipzig.) Den Herauswerfenden ist Richard Sternfeld's Werk über „Berühmte Musiker und ihre Werke“ (Bongo Verlag) gewidmet. Die großen Musiker sind in Einzeldarstellungen einbring-

lich und wesentlich kritisiert, fruchtbare Bewegungen, wie die der romantischen, der großen, der heiteren Oper, der ausländischen, modernen Musik, des Volksliedes, des Tanzes, möglichst kurz und gemeinverständlich abgehandelt.

**Prämien für Druckfehler.** Die Buchdrucker des 18. Jahrhunderts hatten dem bösen Druckfehlergeist grimmige Fehde angelegt, und einige der hervorragendsten Drucker, wie Eltente und Plantin, setzten regelmäßig Preise aus für jeden Druckfehler, der noch in ihren Korrekturen gefunden wurde. Auch später sind noch einmal, wie in der „Bücherstube“ erwähnt wird, Preise für das Auffinden von Druckfehlern ausgeschrieben worden. Bei der Drucklegung der prächtigen Ausgabe des letzten Bandes von Klopstocks „Messias“ wurde demjenigen, der zuerst darin einen oder mehrere Druckfehler fände, für jeden Druckfehler der fünffache Preis von einem Louisdor versprochen. Als John Voishes sein großes Wörterbuch der englischen Sprache erscheinen ließ, wurde an jeden Subskribenten zunächst ein „Lachendes Exemplar“ ausgeteilt, das einen dreiten Rand für Verbesserungen und Anmerkungen enthielt. Die Druckbogen dieses schlechten Exemplars wurden allenmäßig an Verfasser und Verleger eingeschickt, und nach Berichtigung aller eingelaufenen Berichtigungen erhielt dann jeder Subskribent das richtige Buch unentgeltlich als Prämie.

**Glückliches Tschechien!** Das tschechische Finanzministerium beabsichtigt, anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der Proklamierung der Republik im Oktober dieses Jahres die ersten tschechischen Goldmünzen herauszugeben. Es sollen zweierlei Arten von Dukaten ausgeprägt werden, und zwar Jubiläumsdukaten mit den Jahreszahlen 1918—1923 und gewöhnliche Dukaten. Im ganzen gelangen etwa 1000 Stück zur Ausgabe. Augenblicklich werden in den Museen sämtliche tschechische Dukaten seit der Zeit Wenzels des Vierten von Sachverständigen studiert, damit die entwerfenden Künstler in enger Anlehnung an diese historischen Vorbilder die neue Münze schaffen können.

**In der Staatsoper** liegt wegen plötzlicher Erkrankung von Frau Willmann in der heutigen Eröffnung des „Don Giovanni“ die Partie der Donna Anna Sueda Leiber vom Damburger Stadttheater, die von nächster Spielzeit ab Mitglied der Staatsoper ist.

**Zielfeldänderung.** Frau Ida Müll hat ihr Zielfeld am Zielfeldhaus unterbreiten müssen. Ab Donnerstag geht der „Rittergalle“ in Szene.

**Das neue Universitätsinstitut für Strahlenforschung** ist eine Erweiterung des bisherigen Instituts für Untersuchungen mit Röntgenstrahlen. Zu seinem Leiter ist der Physiker Professor Dr. Friedrich aus-erlesen.

**Deutsche Künstler in Baltimore.** Die „Deutsche Opern Compagny“, unter Leitung von Intendant Hermann und Generalmusikdirektor Leo Blach, hat bei ihren ersten beiden Aufführungen in Baltimore („Reinerfinger“ und „Tollant“) bei Publikum und Presse glänzende Aufnahme gefunden.

**Eine Rockefeller-Stiftung für Tschechien.** Die amerikanische Rockefeller-Stiftung hat, wie in der „Münchener Wochenchrift“ mitgeteilt wird, einen Betrag von je 20 000 Dollar für mehrere Jahre der deutschen Wissenschaft zur Verfügung gestellt. Diese Summe ist hauptsächlich für die naturwissenschaftliche Forschung bestimmt; es sollen hauptsächlich nur wissenschaftliche Arbeiten gefördert werden, die ohne die Mittel der Stiftung nicht durchführbar wären.

## Die Regierungsbildung in Sachsen.

Die Kommunisten, auf die sich die sozialistische Regierung sowohl im alten wie auch im neuen Landtag stützte, haben von neuem gezeigt, daß sie Katastrophopolitiker sind. Im neuen Landtag lehnten sie nicht nur den Eintritt in die Regierung ab, sie haben sogar den Rücktritt der sozialistischen Regierung wiederum im Verein mit den Bürgerlichen erzwingen und damit der Reaktion in die Hand gearbeitet. Am Sonntag nahm die Sozialdemokratie in einer Landesversammlung zu der Situation Stellung. Man verständigte sich dahin, die Regierungsbildung zunächst den Parteien zu überlassen, die die alte Regierung gestützt haben. Das Ansinnen der Kommunisten, eine Arbeiterregierung zu bilden, lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab. Das ganze Treiben der Kommunisten und ihr Geschrei nach einer Arbeiterregierung ist nur ein Scheinmanöver. Das hat zur Genüge die Vergangenheit gezeigt. In Wirklichkeit wollen sie, frei von jeder Verantwortung, ihre Agitation, die durch die Besetzung des Ruhrreviers und die dadurch verursachte Not begünstigt wird, ungehemmt weitertreiben.

Den Bürgerlichen dagegen ist sehr viel daran gelegen, die Sozialdemokraten in eine Koalition mit den Demokraten zu bringen, die aber nur mit der stillen Unterstützung eines Teiles der Volkspartei denkbar wäre. Vom parteitaktischen Standpunkte aus befindet sich die Sozialdemokratie in einer günstigen Situation, da den Massen gezeigt werden kann, daß Bürgerliche und Kommunisten wohl in der Lage sind, eine Regierung zu stürzen, nicht aber eine neue zu schaffen.

Staatspolitisch ist die Situation nicht frei von Bedenken. Nicht nur, daß wichtige Gesetze, wie die Gemeinde-reform, das Arbeitnehmerkammergesetz, Steuergesetze usw. verzögert werden, birgt auch die Unsicherheit, die durch das Hinausschieben der Regierungsbildung entsteht, eine ernste politische Gefahr. Die Sozialdemokratie wird deshalb genötigt sein, auf eine beschleunigte Lösung hinzuwirken. Ihr Ziel ist, eine Minderheitsregierung zu bilden, die mindestens die Unterstützung der Demokraten erhält. Selbst wenn es gelingen sollte, eine sozialdemokratische Regierung zustande zu bringen, erscheint es fraglich, ob das Regierungsprogramm der gestürzten Regierung voll aufrechterhalten werden kann. Immerhin würden selbst notwendige gelegentliche Konzeptionen an die Demokraten die sächsische Regierung von einem Zustande befreien, der auf die Dauer unerträglich wird und bisher jede praktische Arbeit unmöglich machte. Sollte eine rein sozialistische Minderheitsregierung nicht zustandekommen, dann wird vor dem eventuellen Eingehen einer Koalition mit den Bürgerlichen die Gesamtpartei Sachsens Stellung nehmen.

## Keine Kommunalwahlen im Frühjahr?

Der Ausschuss des Preussischen Landtages zur Beratung der Städte- und Landgemeindeförderung hat jetzt keine Beratungen ausgenommen. Vor Eintritt in die Beratung der beiden Gesetzentwürfe erörterte der Ausschuss die Frage, ob noch in diesem Frühjahr die Neuwahlen zu den Städtewahlordnungenversammlungen und Gemeindevorständen stattfinden solle. Der Minister des Innern, Genosse Seevering, hat vor Wochen im Hauptausschuss als auch im Plenum des Landtages die Erklärung abgegeben, daß, wenn die neue Gemeindeverfassung nicht so zeitig verabschiedet werden könne, auf Grund eines Art. 13 des Grundgesetzes noch im Frühjahr 1923 die Wahl stattfinden solle. Im Ausschuss erklärte jetzt der Vertreter der Staatsregierung, daß seit diesem Versprechen die politische Lage durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich wesentlich verändert habe. Die Staatsregierung halte es nicht für ratsam, Neuwahlen vorzunehmen zu lassen, wenn große Bezirke des Staatsgebietes unter der Herrschaft des fremden Militarismus stehen. Auch in Ober-Sachsen und Ostpreußen seien die Verhältnisse noch so, daß sie zu kommunalen Neuwahlen nicht ermutigen. Die Kommunisten und Deutschnationalen traten für Neuwahlen ein. Aus ihren Argumenten klang nur zu deutlich heraus, daß lediglich parteipolitische Gründe ihre Haltung bestimmen. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie bisher energisch für Neuwahlen im Frühjahr eingetreten seien, aber doch die Beweggründe der Regierung anerkennen müßten. Die Volkspartei war für Wahlen schon im Frühjahr. Zentrumsvertreter aus dem besetzten Gebiet warnen dringend davor, bei den jetzigen Zuständen Neuwahlen vorzunehmen, auch nicht im unbesetzten Gebiet. Der Sprecher der Demokraten gab die Erklärung ab, daß seine Partei damit einverstanden sei, die Neuwahlen hinauszuschieben, wenn eine dahin gehende Verständigung zwischen allen Parteien zustande käme. Andersfalls würden die Demokraten sich für die Wahlen schon im Frühjahr aussprechen. Der Ausschuss beschloß schließlich, die Entscheidung über die Frage der Neuwahlen zu vertagen, bis die Lage im Ruhrgebiet besser zu übersehen sei.

## Der unbequeme Ludendorff.

Als noch dem Morde an Rathenau die große Abrechnung zwischen Deutschen und Deutschösterreichern begann, trat der Name Ludendorffs verschiedentlich in einem Sinne in Erscheinung, der selbst den Ältern altpreussischer Erinnerungen auf die Nerven fiel. Damals rühte die deutschnationalistische Presse merklich von ihm ab und gab ihm etwas bisshin den Rat, sich von der politischen Tribüne fernzuhalten. Man weiß, mit welchem Erfolg. Konnte er seine antilemischen und antisemitischen Beistehungen in der deutschen Presse nicht unterdrücken, so wandte er sich in die Entente-Presse, die sein Kriegspresseamt noch ein paar Jahre zuvor auf heftigste befehligt hatte und die sich jetzt ein Vergnügen daraus machte, die „Beistehungen“ des Herrn Generals einem aufhorchenden Publikum zu unterbreiten. Aber dieses Arbeitsfeld scheint dem Beistehungsbringer des ehemaligen Generalstablers nicht zu genügen. Der Ruhm eines Hiltler läßt ihn offenbar nicht schlafen. Und so trat er denn seine große Reise nach Oesterreich an, die allerdings anders ausfiel als er erwartet hat. Jugentgleisungen sind ja glücklicherweise nicht vorgekommen, aber der Reichspresse genügen die anderen Entgleisungen. Schon erhebt die volksparteiliche „Zeit“ ihre warnende Stimme und daß dem Generalstabler, der sich von Konstablern überwachen lassen mußte, „angesichts der herrschenden Stimmung“ mehr Zurückhaltung zu üben und sich von antisemitischen und extrem-deutschösterreichischen Kundgebungen fernzuhalten. Ob das etwas nützen wird? Wir befürchten nein. Niemand kann aus seiner Haut heraus, auch einer nicht, der mit so verschiedenartigen Brillen unangenehme Bekanntschaften abschließen mußte.

Der Fall Oberleitner. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird sich wahrscheinlich schon in nächster Zeit mit einem Verfahren gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Oberleitner wegen seiner Parteilichkeit in Mitteldeutschland zu befassen haben. Der Preussische Landtag hatte bekanntlich seinerzeit Oberleitners Immunität aufgehoben, worauf er nach Muhlhausen floh und erst nach Wiederherstellung seiner Immunität zurückkehrte. Das gegen ihn beim Reichsgericht schwebende Verfahren nahm aber seinen Fortgang und ist nunmehr dem Staatsgerichtshof übergeben worden.

# Gewalt ohne Recht!

## Eine deutsche Abwehr französischer Rechtskünsteleien.

Ueber die mangelnde Rechtsgrundlage des belgisch-französischen Vorgehens an der Ruhr wird dem WTB. von zuständiger Stelle geschrieben:

Der Beschluß der Reparationskommission vom 25. Januar 1923 hat eine allgemeine Verfehlung Deutschlands in Ansehung seiner Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien festgestellt. Der Beschluß spricht von einer allgemeinen Verfehlung im Sinne des § 17 der Anlage zu den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrages. Er übergeht dabei die der Reparationskommission bekannte Tatsache, daß Deutschland die Leistungen an Frankreich und Belgien lediglich aus Anlaß der Ruhraktion eingestellt hat. Deutschland hat mit dieser Maßnahme von einem unzweifelhaften Recht Gebrauch gemacht, dem Recht,

### vertragsbrüchig gewordenen Kontrahenten

gegenüber die Erfüllung bestimmter Vertragspflichtungen solange zu verweigern, als diese Kontrahenten ihr vertragswidriges Verhalten zeigen.

Von einer Verfehlung als einer rechtswidrigen Nichterfüllung könnte nur dann die Rede sein, wenn der Einmarsch Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet eine vertragsmäßige Aktion wäre. Tatsächlich bemühen sich gewisse französische Zeitungen, den Beschluß der Reparationskommission dahin zu kommentieren, daß er die Rechtsmäßigkeit der Ruhraktion feststellt, weil er implizite eine entsprechende Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages enthalte. Die Zeitungen wissen nicht, oder sind nicht genug zu verschweigen, daß sie mit dieser These dem Beschluß der Reparationskommission den Boden entziehen. Wenn nämlich die Zeitungen recht haben, würde der Beschluß der Reparationskommission die Auslegung des § 18 zum Gegenstand haben, der die im Falle einer vorläufigen Nichterfüllung zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland behandelt. Es bleibe hier dahingestellt, ob sich die Auslegungsbefugnis der Reparationskommission überhaupt auf die Frage erstreckt, welche Maßnahmen nach § 18 getroffen werden dürfen. Selbst wenn man annehmen sollte, daß die Auslegungsbefugnis der Reparationskommission so weit geht, so hätte sie eine solche Auslegung nach ausdrücklicher Bestimmung des Vertrages

doch nur einstimmig beschließen können.

Das ist aber nicht geschehen. Die französischen Zeitungen melden selbst, daß sich das englische Mitglied der Reparationskommission beim Beschluß der Abstimmung enthalten habe. Es suchen die Tatkunde durch die Behauptung zu verschleiern, der englische Delegierte habe durch die Stimmenthaltung gezeigt, daß er nicht gegen das französische Projekt sei.

Es ist nicht Deutschlands Sache, derartigen Behauptungen über die englischen Ansichten entgegenzutreten. Dagegen muß darauf hingewiesen werden, daß nach einer weiteren ausdrücklichen Bestimmung des Versailler Vertrages bei den Abstimmungen der Reparationskommission die

Stimmhaltung eines Delegierten als Ablehnung des zur Diskussion gestellten Vorschlages anzusehen ist. Da es somit an der für die Auslegung erforderlichen Einstimmigkeit fehlt, würde sich aus der These der französischen Zeitungen ergeben, daß die Feststellung einer allgemeinen Verfehlung Deutschlands nicht nur sachlich unbegründet, sondern auch formell unzulässig wäre. Der Beschluß würde hiermit jeder Rechtswirkung entbehren.

Die französischen Versuche, nachträglich eine Rechtfertigung der Ruhraktion zu finden, sind auch noch unter einem anderen Gesichtspunkte bemerkenswert. Sie scheinen zu beweisen, daß Frankreich selbst die Rechtsgrundlage seines Vorgehens nicht als sicher genug ansieht. Ebenso wie die Feststellung einer allgemeinen Verfehlung Deutschlands ist auch die Folgerung verfehlt, welche die Reparationskommission daraus ziehen will. Mit der Einstellung der Leistungen von Deutschland an Frankreich und Belgien soll der deutsche Antrag auf Neuregelung der Reparationspflichtungen hinfällig geworden und der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft getreten sein.

Alle in der Reparationskommission vertretenen Regierungen haben die Notwendigkeit anerkannt, die Cadsumme der deutschen Zahlungsverpflichtungen zu ermäßigen und Deutschland für die nächsten Jahre einen Zahlungsaufschub zu gewähren. Es ist schlechterdings nicht verständlich, inwiefern durch die französisch-belgische Ruhraktion, die das Zentrum der deutschen Wirtschaft zu zerstören droht, jene Notwendigkeit beseitigt werden soll. Die Reparationskommission setzt sich deshalb mit ihren Beschläüssen nicht nur über die früheren Erklärungen der in ihr vertretenen Regierungen, sondern auch über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinweg, die die Reparationsverpflichtungen Deutschlands von seiner Leistungsfähigkeit abhängig machen und seinen notwendigen Lebensbedürfnissen den Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen geben.

Aus diesen Gründen kann die deutsche Regierung den Beschluß der Reparationskommission nicht als gerechtfertigt anerkennen. Vielmehr glaubt die französische Regierung, durch den Beschluß Raum für noch weitergehende Maßnahmen gegen Deutschland gewonnen zu haben. Sie würde sich damit ebenso sehr ins Unrecht setzen, wie sie es mit der Okkupation des Ruhrgebietes getan hat, und wird auch hier der entschlossenen Abwehr des deutschen Volkes begegnen.

## Die Konferenz der sozialdemokratischen Redakteure.

Nachdem sich am Dienstag der Parteiausschuss mit der politischen Lage, insbesondere der Haltung unserer Partei zur Ruhrbesetzung beschäftigt hatte, traten am Mittwoch im Reichstag die politischen Redakteure der Partei zusammen, um die gleiche Frage zu erörtern. In einem einstündigen Referat gab Genosse Hermann Müller einen umfassenden Bericht über die Ursachen und die Folgen des Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Die Debatte ergab völlige Einmütigkeit über die von der Partei befolgte Politik, so daß Genosse Wels am Schluß der Aussprache widerstandslos feststellen konnte, daß sich auch die Leiter unserer Parteipresse und damit sämtliche Körperschaften der Partei hinter die Parteileitung gestellt haben. Einmütig trat die Konferenz der am Dienstag vom Parteiausschuss angenommenen Entschlüsse bei.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde eingehend über die Tätigkeit des „Sozialdemokratischen Parlamentarismus“ gesprochen. Es wurden mannigfache Anregungen über die Ausgestaltung des Dienstes gegeben und seine Haltung bei wichtigen politischen Fragen als richtig anerkannt.

## 720 Millionen dänisches Hilfsgeld.

Nach einer Meldung des „Apenrader Tageblatt“ haben die dänischen Arbeiterorganisationen für die gegen den französischen Verdrückungswillen kämpfenden Arbeiter des Ruhrgebietes 100 000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Auf den Appell der Deutschen Roten Kreuzes hin hat das Schwedische Rote Kreuz beschlossen, 12 000 Kronen, rund 120 Millionen Mark, für die Notleidenden im Ruhrgebiet zu überweisen.

Es ist uns ganz unmöglich, die vielen Millionen zu verzeichnen, die täglich im Inland und von Privatleuten im Ausland gespendet werden.

## Deutschböhmisches Hilfswerk für deutsche Kinder.

Die Deutschen der Tschechoslowakei haben ein großzügiges Hilfswerk eingeleitet. Unversorgte und erholungsbedürftige Kinder Deutschlands sollen für längere Zeit als Gäste deutscher Familien in Böhmen aufgenommen werden. Bei der städtischen Erholungsfürsorge in Dresden sind bereits Hunderte von Stellen aus den Kreisen Reichenberg, Gablonz und Komniz gemeldet. Die Stadt Gablonz hat ein Angebot gemacht, nach dem allein dort 300 Kinder Aufnahme finden sollen. Jedem Kinde sollen 30—40 Kronen zur Sachbeschaffung gewährt werden.

Reinhold Wulle, der, wie wir berichteten, von der Deutschnationalen Partei aufgefördert wurde, sein Reichstagsmandat niederzulegen, leistet der Aufforderung keine Folge. In einem Schreiben an den Grafen Westarp vertritt er die Anschauung, daß von den 120 000 Stimmen, die ihn gewählt hätten, nur ein sehr geringer Teil einflußreicher Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei gewesen seien, so daß kein Grund für ihn vorliege, zurückzutreten.

# Wirtschaft

## Frankreichs Wirtschaft im letzten Jahre.

In Frankreich hat sich eine lebhaftere Beschäftigung der Industrie bis Jahresende aufrecht erhalten. Gleichwohl bietet das an Bodenschätzen und Kolonialbesitz reiche Land ein zwiespältiges Wirtschaftsbild. Steigender Beschäftigung und steigenden Preisen auf dem Inlandsmarkt steht abnehmende Ausfuhr trotz Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt gegenüber. Der hohe Schutzollzettel ermöglicht der französischen Industriebevölkerung rege Beschäftigung, legt dafür aber der gesamten Weltwirtschaft steigende Warenpreise auf. (Steigen der Großhandelsvertrieb im allgemeinen seit dem zweiten Viertel 1922.) Frankreich verliert seine Kolonialreichthümer nur gering aus. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete schreitet nur langsam vorwärts. Aus dem reichen

ihm zugefallenen Wirtschaftsgebiet Elzass-Lothringen fließen keiner Staatskasse keine Erträge zu; die Verwaltung dieses Industriegebietes erfordert vielmehr noch Zuschüsse, welche die Heftbeträge der Staatskasse nur vergrößern. Auch die Abnahme des Saargebietes hat Frankreich nicht zu seinem Vorteil zu organisieren vermocht.

Die Steigerung der Rohstoffeinfuhr, welche die französische Außenhandelsstatistik erkennen läßt, hat nicht die zu erwartende Zunahme der Ausfuhr von Fertigprodukten gezeitigt. Nach der amtlichen Statistik betrug die französische Einfuhr (insgesamt) im Jahre 1922 31,37 Milliarden Tonnen, oder 11,3 Milliarden Tonnen mehr als 1921, d. h. dem Werte nach ist eine Steigerung der Einfuhr um 1,8 Milliarden Franken vor sich gegangen; die Ausfuhr nahm um mehr als 215 Millionen Franken in den Monaten Januar bis November gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ab. Frankreich hat der rückläufigen Bewegung seiner Ausfuhr nicht entgegenzuwirken vermocht, obwohl es in der Lage war, die Preise auf dem Weltmarkt zu unterbieten; insbesondere vermochte es den Wettbewerb gegen England wie auch Belgien durch die billige Brennstoffversorgung auf Grund der deutschen Spalkohlenlieferungen aufzunehmen. Die Angaben einer von französischer Seite in England und Amerika verbreiteten Statistik, daß im Bereich zum Friedensbedarf an Kohle in Frankreich nur 68, in Belgien 62, in Deutschland dagegen 85 Proz. gedeckt seien, sind falsch; es waren vielmehr in Wirklichkeit in Frankreich 109, in Belgien 102, in Deutschland rund 76 Proz. des Friedensbedarfes gedeckt. Schon der ausgeglichene Kohlenexport Frankreichs nach Spanien, Belgien, Luxemburg, nach der Schweiz und Italien, wie selbst nach Oesterreich und Ungarn läßt erkennen, daß die französische Darstellung seiner Kohlenlage unrichtig ist, ebenso wie auch die Tatsache, daß man in Frankreich die Kohle dazu nimmt, die zu einer 5-maligen Ablieferung von 9 Millionen Tonnen deutscher Kohlen im Jahre 1921 als freiwillige Ausfuhr des deutschen Kohlenfonds beigesteuert.

Die Grenzen der Preiserhöhung durch Steuern. Das österreichische Staatsbudget sollte durch Auslegung hoher Zölle und Steuern, die Eisenbahnen durch Erhöhung der Laxeie sanfter werden. Bei den Personentarifen beträgt die Erhöhung bloß des 240fachen des Friedenspreises, also nicht viel mehr als die halbe Entwertung der Papierrente, und trotzdem wird berichtet, daß die erste Wagenklasse leer, die zweite zu einem Drittel, die dritte zur Hälfte besetzt ist. Die Zuckerzölle und Zuckerteuern wurden hauptsächlich beschränkt, und wir lesen im „Oesterreichischen Volkswirt“, daß der Zuckerverbrauch in Oesterreich bereits geringer geworden ist als zur Zeit der Rationierung (Zuteilung pro Kopf) während des Krieges. Der Weizen ist auf 60 Goldkronen pro Hektoliter heraufgesetzt worden; die Folge ist, daß überhaupt kein fremder Wein hereinkommt, und daß diese Einkommenquelle verfiel ist. Die Einkommen der einzelnen Bevölkerungsschichten können nämlich mit den Preisveränderungen keinen Schritt halten, und in diesem Moment liegt die Grenze der Preiserhöhungen auf den Eisenbahnen usw.

Ueber 1000fache Preise für Walzisen. Der Höchstpreis für Stahlrohlinge hat seine Höchstpreise für Walzfabrikate wieder erhöht, und zwar um 84,3 Proz. Ein Kilogramm Stabeisen kostet demnach 1165 M. mehr, als vor dem Kriege 10 Tonnen à 1000 Kilogramm gekostet haben. Begründet wird die Eisenpreiserhöhung mit „der fortwährenden Marktentwertung und der dadurch hervorgerufenen Teuerung der Herstellungskosten“. Dabei zu bemerken ist, daß der Stahlbund seine Preise bei einer Besserung der Markt nicht mehr herabsetzt — jedenfalls hat er es im vergangenen Dezember nicht getan. Die Preiserhöhung ist zu diesem Zeitpunkt doppelt zurückschlagen, weil eben erst wieder eine Kohlenpreiserhöhung bevorsteht, die erfahrungsgemäß wiederum Anlaß zur Herabsetzung der Eisenpreise gibt. Dadurch aber werden die Halbfabrikate schließlich derart verteuert, daß es nicht erst der Ruhrzollgrenze mehr bedarf, um die Lage der verdrängten Industrien auf das Äußerste zu erschüttern. Die Ökonomie teilt auf diese Preispolitik, die die Verbraucher trifft, ihre Antwort mit gewaltigen Preiserhöhungen der Montanindustrie. Es geht nicht an, daß die durch die Rückfuhr auf das Gemeinwohl begründete Zurückhaltung, die sich die breite Öffentlichkeit gegenüber Maßnahmen der von der Ruhrbesetzung betroffenen Industrien auferlegt, von den geschäftlichen Schwerindustriellen zu Privatgeheimnissen ausgenutzt wird. Was wird die Reichsregierung dagegen tun?

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Streik im Berliner Holzgewerbe.

Die Streikleitung schreibt uns: Der Kampf in der Berliner Holzindustrie nimmt verschärfte Formen an. Die vom Holzarbeiterverband aufgestellte Forderung ist durch die weitere Steigerung der Lebensmittelpreise weit überholt. Den Arbeitgebern wurde daher die neue Forderung auf eine Zulage unterbreitet von 100 Proz. für die Zeit vom 28. Januar bis 3. Februar, von 125 Proz. bis 10. Februar und von 150 Proz. bis 17. Februar. Die in den bewilligten Betrieben Beschäftigten stoßen damit auf erneuten Widerstand, so daß weitere Arbeitseinstellungen oder die Einbeziehung auch dieser Betriebe in den Lohnkampf zu erwarten sind. Die Arbeitgeber verhalten sich nach wie vor ablehnend. Man versucht sogar die Provokationen fortzusetzen, welche Aufgabe in erster Linie der „Nachzeitung“, dem Organ der Berliner Arbeitgeberverbände zufällt. So schreibt diese „Nachzeitung“, daß es eine Prämie auf den Streik bedeuten würde, wenn die Lohnforderungen bewilligt würden.

Die Funktionäre des Deutschen Holzarbeiterverbandes haben die Antwort gegeben, indem die arbeitenden Mitglieder verpflichtet wurden, ein Zehntel ihres Wochenverdienstes zu erweiterter Unterstützung für die kämpfenden abzuführen.

Die streikenden Verbandmitglieder werden Freitag, vormittag 10 Uhr, im Saalbau Friedrichsbau zum Stand des Kampfes Stellung nehmen, um den Berliner Holzindustriellen die Antwort zu geben, die ihnen gebührt.

Zutritt zu dieser Versammlung nur gegen Vorzeigung der von der Organisation herausgegebenen grauen Legitimationskarten, die von den Vertrauensmännern vom Bureau abgeholt sind.

## Zur „Aktion“ im Berliner Baugewerbe.

Der Verband der Ausgeschlossenen sucht seine Aktion unter den Arbeitern der Aktiengesellschaft für Bauausführungen durch „Aktionen“ gegen die Wahrheit in der „Roten Fahne“ zu beleben und versucht dabei nicht, den Klingelbeutel zu schwingen.

Der Vorstand der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Bauergewerksbundes erklärt dazu wiederholt, im Einverständnis mit seinen bei der Aktiengesellschaft für Bauausführungen beschäftigten Mitgliedern, daß keine Differenzen zwischen der Organisation und der Aktiengesellschaft bestehen und solche in letzter Zeit auch nicht bestanden. Jedes Verbandsmitglied ist daher berechtigt, bei der Firma zu arbeiten, auch auf der Baustelle am Salzufer, ohne daß ihm der berechtigte Vorwurf des Streikbruchs gemacht werden kann. Während es den Ausgeschlossenen darum zu tun ist, die Verbandsmitglieder von der Baustelle zu verdrängen, muß es Sache der Organisation sein, die Verbandsmitglieder wieder in Arbeit zu bringen, die durch die Irreführung der kommunistischen Sonderorganisation taraxis vertrieben wurden.

Ich sorge nur für die Kollegen des Verbandes der Ausgeschlossenen, ihr anderen geht uns nichts an“, erklärte der Vertrauensmann der Ausgeschlossenen, Bollmann, in Spandau. Darum dreht es sich bei der „Solidarität“, die von den Ausgeschlossenen in der „Roten Fahne“ proklamiert wird. Die Verbandsmitglieder sollen brotlos gemacht und gegen die Organisation aufgebracht werden. Wer sich der Ausgeschlossenen anhängt, soll dann wieder Arbeit bekommen. Die Lüge, der Baugewerksbund zahle seinen Mitgliedern keine Unterstützung, wurde bereits zurückgewiesen. Sie wird weiter verbreitet, einmal um gegen den Baugewerksbund Stimmung zu machen, weiter aber, um für die Gesammmlungen des Verbandes der Ausgeschlossenen auf den Baustellen Reklame zu machen, damit das Geschäft besser geht.

Die Verbandsmitglieder, die durch die neueste „Aktion“ in Mißleidenschaft gezogen sind, haben in ihrer Versammlung beschlossen, es nach wie vor abzulehnen, sich von den Drahtziehern unterstützen zu lassen; sie protestieren entschieden gegen die falschen Darstellungen des Verbandes der Ausgeschlossenen in der „Roten Fahne“. Die Zustimmung, durch Hergabe von Geldern für die Sammlungen jener Leute zur Bekämpfung der eigenen Organisation beizutragen, müssen die Berliner Bauarbeiter zurückweisen. Darum nochmals: „Taschen zu!“

## „Rotgemeinschaft“ im Berliner Einzelhandel.

Man schreibt uns: Bei den Verhandlungen über die Januargehälter für die Angestellten des Berliner Einzelhandels am 19. Januar hielten sich die Arbeitgeber für verpflichtet, die Besprechung mit einer Kundgebung für die durch die Mißbefugung Bedrängten zu beginnen und unter Berufung auf die Deutsche Rotgemeinschaft an den Opferinn aller Schichten des deutschen Volkes zu appellieren. Den Schluß der Verhandlungen bildete sodann ein Ingegendnis von 78 1/2 Proz. auf die Dezembergehälter, fastwahr ein herrliches Zeichen zur Deutschen Rotgemeinschaft.

Wenige Tage später setzte eine Steigerung des Dollars ein, die so sprunghaft und grotesk war, daß ihr nur die ständige Heraushebung der Warenpreise im Berliner Einzelhandel zu folgen vermochte. Den Angestellten blieb es überlassen, sich mit den gewährten 78 1/2 Proz. zu behelfen und die riesengroße Lücke zwischen Einkommen und Bedarf festzustellen. Auf die Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten, eine nachträgliche Erhöhung für Januar zu gewähren, wurde vom Arbeitgeberverband im Einzelhandel eine glatte Ablehnung mit der Begründung erteilt, daß die Gehaltssätze für den Monat Januar durch den am 19. I. getätigten Vertragsabluß ihre endgültige Regelung gefunden haben. Eine Betätigung der Auffassung der Arbeitnehmer, daß der an den Opferinn gerichtete Appell lediglich auf die Angestellten gemünzt war.

Die Schuhwarenfirma D. Leifer Nachfolger weiß allerdings noch einen Ernährungszweig für Angestellte. Schreibt sie doch einem Angestellten, der ein Netto-Monatsgehalt von ca. 57000 M. für Januar bezog, auf ein Gesuch wegen Erhöhung folgenden Brief:

„Eine Erhöhung des Ihnen zustehenden Tarifgehaltes lehnen wir ebenfalls ab, weil wir Ihnen durch Gewährung recht hoher Prämien für die Aufdeckung von Diebstählen die Möglichkeit bieten, Ihr Einkommen bis ins Ungemeinere zu steigern.“

Gibt es wohl einen größeren Lohn für die Notlage der Angestellten?

Angestellte des Berliner Einzelhandels! Nur eine Antwort gibt es hierauf, macht Eure Organisation mächtig und schlagkräftig! Organisiert Euch alsesam im Zentralverband der Angestellten, der einzigen Klassenkampforganisation für Angestellte. Dies allein ist in der Lage, den Herausforderern die gebührende Antwort zu geben.

## Vorschauzahlung an die Berliner Gemeindegewerkschaft.

Der Berliner Magistrat hat gestern beschlossen, den städtischen Vollarbeitern einen Vorschuß von 20000 Mark sofort zu zahlen. Die übrigen Arbeiter erhalten ebenfalls entsprechende Vorschüsse. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter beginnen Freitag vormittag.

## Achtung, Buchdrucker!

Kommenden Sonntag, vormittags 1/2 10 Uhr, finden zehn Bezirksversammlungen statt, die zur gegenwärtigen Situation im Buchdruckergewerbe Stellung nehmen. Die Lokale werden noch veröffentlicht. Der Gauvorstand.

## Vom Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Trotz des Streiks der Bergarbeiter herrscht in Saarbrücken vollkommene Ruhe. Die Eisenbahner haben sich bekanntlich solidarisch mit den Bergarbeitern erklärt, falls die Regierungskommission Maßnahmen gegen die Bergarbeiter ergreifen würde. Eine endgültige Entscheidung über den Eisenbahnerstreik ist aber noch nicht gefallen. Wegen der Lohnstreitigkeiten in den Gruben des Moselbezirktes werden heute die Verhandlungen beginnen und man hofft, daß diese auch eine Rückwirkung auf den Streik im Saargebiet haben werden. Die Gewerkschaftsführer des Saargebietes protestieren energisch gegen die Nachrichten, die dem Streik der Bergarbeiter politische Motive unterstehen wollen.

Die französischen Bergarbeiterverbände der Moselauer Richtung haben am Dienstag einstimmig beschlossen, eine Lohnerböhung von 1,50 Fr. für die Ader Tag und von 2,50 Fr. für die unter Tag beschäftigten Arbeiter zu fordern. Falls diese Forderung bis 10. Februar nicht erfüllt werde, würde der Generalstreik einsetzen, der ausschließlich wirtschaftlichen Charakter habe. Die bisher gewährten Leberungszulagen müßten den Lohnlagen zugerechnet werden. Es müßten außerdem Arbeiterräte eingesetzt und die Steuerabzüge aufgehoben werden. Die Ver-

forungsbefähigte der eisäffisch-lothringischen Bergarbeiter seien umzustellen.

## Betriebsräte!

Die Wollerversammlungen der Gruppen finden an folgenden Abenden statt: XI Metallindustrie: Montag, 12. Februar, 7 Uhr, in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 17. — VII Holzindustrie: Dienstag, 13. Februar, 7 Uhr, in Dresdenstr. 11, Dresdenstr. 11. — II Baumindustrie: Mittwoch, 14. Februar, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 4. — I Bau-, Handels- und Versicherungsindustrie, V Freie Berufe, XV Sozialversicherung: Donnerstag, 15. Februar, 7 1/2 Uhr, in den Sophien-Gärten, Sophienstr. 17. — IV Chemische Industrie: Freitag, 16. Februar, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. — III Bekleidungs- und Textilindustrie, X Lebensmittelindustrie: Montag, 19. Februar, 7 Uhr, in Willes Festalen, Seeböckstr. 39. — VIII Landwirtschaft, IX Lebens- und Genussmittel: Dienstag, 20. Februar, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3. — VI Graphisches Gewerbe: Mittwoch, 21. Februar, 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. — XII Staatliche und kommunale Behörden, XIII Verkehr: Donnerstag, 22. Februar, 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

1. Die Kräfte der Betriebsräte und ihre Bedeutung. 2. Freie Aussprache. 3. Erfahrungswahl der Betriebsräte, in ihren Gruppenversammlungen zu entscheiden. Als Legitimation dient die Betriebsrätekarte und das Verbandsmitgliederticket.

Holzarbeiter-Delegiertenwahl! Infolge des Streiks im Berliner Holzgewerbe finden die Wahlen der Delegierten zur Generalsversammlung, die für die Branchen und Bezirke vom 12. Februar angesetzt waren, nicht statt. Ein neuer Wahltermin wird von der Verwaltung noch bekanntgegeben. — Die Delegationen.

Wahlfunktionäre der Metallindustrie. Donnerstag 7 Uhr im Deutschen Hof, Ludowiger Straße, Versammlung. Bericht über die Verhandlungen mit dem VAW. Mitgliedsbuch und Funktionsnachweise legitimieren. Ohne beide keine Zutritt. — Metallhandel. Am 6. Uhr, vor der Funktionsversammlung, Zusammenkunft im Deutschen Hof, Vorraum.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein 12, Städtische Meister. Freitag 8 Uhr in der SchulstraÙe, Weinmeisterstr. 15 Mitgliederversammlung. Zentralverband der Angestellten. Section Chirurgiegesellschaft, Laboratoriumsapparate und Dentalbedarf: Wärmehaus Brandenburgerstraße morgen, Freitag, 7 1/2 Uhr in Paretos Park, Berlin. Reise Friedrichstr. 23. Siedlungsfrage zum Februar-Einkommen. — Ober- und Niederbrennerei, Johannishof, Mitgliederversammlung morgen, Freitag, 7 1/2 Uhr im Rest. Käthe, Oberbrennerei, Brüderstr. 13.

Käthner, Zeilenschmer des Rufes Engelbert Grotz! Am Sonntag geologische Wandung Grotz-Nüßdorf. Treffpunkt vormittags 7 1/2 Uhr am Hauptbahnhof Schleißer Bahnhof, Kabaikroße. — Deutscher Metallarbeiterverband, i. A.: Heinrich Heßweg.

## Briefkasten der Redaktion.

B. D. 24. In einer Reinigungsanstalt mit Formaldehyddampf behandeln lassen; vielleicht kann Ihnen ein Drogist ein wirksames Mittel zur Selbstbehandlung geben.

Weiter bis Freitag mittag. Etwas wärmer, zeitweise hefter, jedoch überwiegend bewölkt. Im Westen geringe Regenschauer, im Osten trocken. Frische südöstliche bis südwestliche Winde.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Verlags-Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Kundenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Weltweit“.



## Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

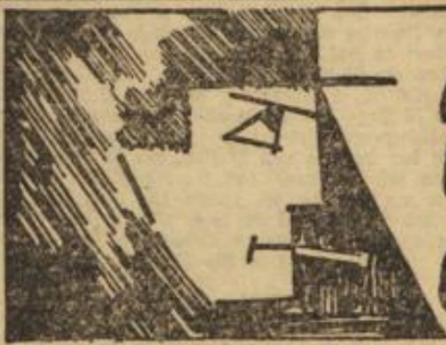
### NÄCHSTE ABFAHRTEN:

President Harding	.....	14. Februar	21. März
George Washington	.....	21. Februar	28. März
President Roosevelt	.....	28. Februar	4. April
America	.....	11. April	16. Mai

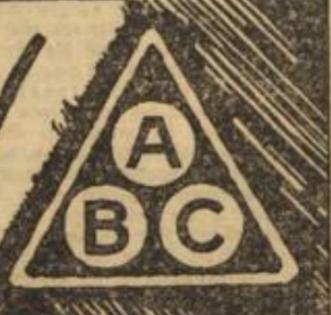
Verlangen Sie Prospekte und Segellisten Nr. 83

## UNITED STATES LINES

BERLIN W 8 Unter den Linden 1  
BERLIN NW 40 Invalidenstr. 93  
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen



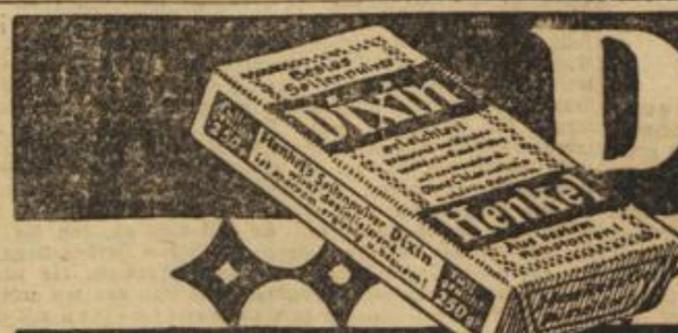
Er raucht Batschari,  
er ist Qualitatstraucher!



WO PUHONNY

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Fische	Wurstwaren	Fleisch	Käse	Gemüse
Grüne Heringe 650.- Pfund	Corned beef 3200.- ausgew. Pfund	Kalbsrücken 2100.- Pfund	Kräuterkäse 150.- Stück	Möhren 30.- Pfund
Seelachs 1400.- kopfl., im Ganzen Pfund	Zungen 4400.- amerikan., ausgewogen Pfund	Kalbskamm 2200.- Pfund	Romatour 2200.- Pfund	Kohlrüben 30.- Pfund
Seeforellen 1200.- Pfund	Sulzwurst 3300.- Pfund	Kalbskeulen 2300.- Pfund	Harzer Käse 1900.- Pfund	Zwiebeln 30.- Pfund
Rotbars 1400.- Pfund	Mettwurst 3500.- Pfund	Schmorfleisch 2800.- mit Knochen Pfund	Pflaunenmus 450.- Pfund	Kohlrabi 50.- Pfund
Schollen 2300.- Pfund	Sprossen 850.- geräuchert Pfund	Schweinefleisch 3600.- mit Beilage Pfund	Nasen 1750.- getrostet Pfund	Sellerie 50.- Pfund
		Ochsenfleisch 2800.- prima, gefroren Pfund		Weisskohl 85.- Pfund



# Dixie das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.  
ALLEINIGE HERSTELLER,  
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Bedauerwerte Briefstempler.

Die fortgesetzten Erhöhungen des Briefpostos nötigen die Postverwaltung, immer wieder neue Briefmarken anfertigen zu lassen, die auf immer höhere Beträge lauten. Dadurch wird für die älteren Marken, soweit sie noch zur Frankierung von Briefen benutzt werden dürfen, der Wert gegenüber dem Briefpostobetrag immer weiter heruntergedrückt. Bei 20 M. Briefpostos innerhalb Berlins hätte man von den Marken zu 10 Pf., die noch gelten, volle 200 Stück auf den Briefumschlag zu kleben, so daß dieser ein Riesenformat haben müßte. Aus Rußland wurde vor einiger Zeit gemeldet, daß den Briefen manchmal ganze Kartenbogen angeheftet werden, weil die Briefumschläge nicht Platz genug für die Marken bieten. Aber auch im Deutschen Reich sind der Post schon Briefe übergeben worden, die infolge der Verwendung geringwertiger Briefmarken eine ganz außerordentliche und fast komisch wirkende Markenfülle aufwiesen. Vor einigen Tagen erhielt der 'Vorwärts'-Verlag vom Berliner Wetterbureau einen Brief, der mit 86 Dienstmarken, meist älteren von geringem Wert, besetzt war, so daß er an Düntheit einem Bilderbogen gleich. Nur 11 Marken hatten sich auf der Vorderseite unterbringen lassen, für die übrigen 25 mußte die Rückseite mitbenutzt werden. Zur Entwertung der 86 Marken mußte 22mal der Stempel aufgedrückt werden, damit jede etwas abklingte. Noch geeigneter mit Marken war ein Brief, der in diesen Tagen vom Landgericht Essen einem unserer Redaktionskollegen zuging. Zur Frankierung waren nicht weniger als 46 Dienstmarken verwendet worden, von denen 24 die Vorderseite bedeckten und 22 auf der Rückseite ihren Platz gefunden hatten. 20 von den 24 Marken der Vorderseite hingen noch als Markenbogen zusammen, der nur mit dem Rand an den Briefumschlag angeheftet war und als flatternde Fahne lose über der ganzen Vorderseite lag, so daß man den Bogen abheben mußte, um die Adresse lesen zu können. Zur Entwertung aller Marken war der Stempel, wenn wir richtig gezählt haben, 42 mal aufgedrückt worden. Ein 'Vergrüßen', solche Briefe zu frankieren, ein größeres noch, die Marken durch Poststempel zu entwerten! Wird diese Arbeitsverwendung aufgewogen durch die Papiererparnis, die man bei Ausdrückung der alten Dienstmarken zu machen glaubt? Bei den jetzigen Papierpreisen wäre es vielleicht noch profitabler, die Vorräte alter Dienstmarken als Makulatur einzustampfen zu lassen, statt daß man in sinnloser Papiervergeudung jeden Brief mit Dutzenden von Marken garniert.

Zur Tarifierhöhung bei der Hochbahn.

Die in den Händen des Publikums befindlichen Fahrkarten des letzten Tarifs berechnen bis einschl. 15. Februar ohne Nachzahlung zur Fahrt. Dasselbe gilt von den Bündelkarten. Die bereits gelösten Wochenkarten behalten ihre Gültigkeit bis zum Ablauf der Woche. Bis auf weiteres werden alte Fahrkarten mit dem Stempelaufdruck '8. Febr. 23' zu den neuen Preisen ausgeben; der Verkauf neuer Fahrkartenblocks beginnt erst am 16. Februar. Näheres ergeben die 'Ausgänge'.

Die Verpachtung der städtischen Häfen.

Vor einem 50jährigen Vertrag mit auswärtiger Firma. Der Stadtoverordneten-Ausschuß zur Vorberatung über die Verpachtung der Berliner Häfen und Speicheranlagen hat den Vertrag mit dem Konsortium Schenker u. Co., Wien und München, gutgeheißen und wird dem Plenum der Versammlung die Annahme des Vertrages empfehlen.

Die von einem Konsortium Berliner Speditoren und Banken eingegangenen Angebote auf Pachtung der Häfen konnten nicht berücksichtigt werden. Es fehlten greifbare und dem großen Objekt angemessene Unterlagen, auch fehlte die Möglichkeit, mit den von diesem Konsortium entworfenen beiden Verträgen irgend welche verbindende Verhandlungen zu pflegen bzw. endgültige Abschlüsse auf einer festen Grundlage zu tätigen. Die obgenannte Firma Schenker u. Co. hat sich in bindender Form erboten, sofort nach Abschluß des 50jährigen Vertrages 1 1/2 Milliarden M. zu zahlen, und ferner die noch entstehenden Baukosten für die Fertigstellung des Westhafens zu übernehmen. Diese erfordert etwa zwei Millionen Arbeitsstunden bis Mai d. J., weitere 1 1/2 Milliarden Mark nach dem Stande der heutigen Löhne für Bauarbeiter usw. Man hoffte im

Ausschuß, schon heute in der Stadtoverordnetenversammlung den Vertrag definitiv unter Dach und Fach zu bringen. Wenn von einigen Seiten bedauert wird, daß Fremde nunmehr großen Einfluß im Berliner Schiffsahrtsverkehr auszuüben imstande sind, so haben sich die Berliner Speditoren und Speicherbesitzer mit der Turch ihre Vertreter beliebigen bilateralen Verhandlungen dies selber zuzuschreiben.

Der voreilige Schuß.

Gefängnisstrafe für ein Mitglied des Selbstschutzes. Welche bedenklichen und verhängnisvollen Folgen es haben kann, wenn der Schuß der öffentlichen Sicherheit nicht in den Händen geläuterter und ruhiger Beamten, sondern aufgeregter und ängstlicher Laien ruht, zeigte eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II. Dort hatte sich der Angehörige einer sogenannten Selbstschutzorganisation, der Hausbesitzer Wilhelm Hagedorn aus Wilhelmshagen zu verantworten, der durch ein voreiliges und stümperhaftes Umgehen mit einer Schußwaffe den Tod eines vollkommen ruhigen und harmlosen Mitmenschen verschuldet hatte.

Die wachsende Unsicherheit in den Vororten und die zahlreichen Einbrüche und Überfälle hatten die Einwohnerschaft von Wilhelmshagen bei Erster Veranlassung, aus der ehemaligen Einwohnerwehr eine Selbstschutzorganisation zu schaffen, die nächtliche Patrouillengänge unternahm. Auch der Angeklagte Hagedorn befand sich eines Nachts auf einem Kontrollgange, als er einen einsamen Passanten ihm entgegenkommen sah. Da der Fremde auf seinen Anruf nicht gleich antwortete, machte er von seinem Revolver Gebrauch und gab nach seiner Angabe mehrere Schüsse ab, die den Unbekannten zu Boden streuten. Hinterher stellte es sich heraus, daß es sich um einen harmlosen Postbeamten handelte, der vom Dienst kam und nach Hause wollte. In der gestrigen Verhandlung verteidigte sich der Angeklagte damit, daß er zunächst einen Schreckschuß abgegeben hätte und dann, als der Fremde, den er für einen Eindrehler hielt, auf ihn zutram, noch einmal geschossen habe. Er wollte in Notwehr gehandelt haben. — Die Zeugenaussagen ergaben aber, daß nur ein Schuß gefallen sei, so daß der Angeklagte sofort auf den Postbeamten gezielt haben muß. — Das Gericht hielt diesen Tatbestand auch für erwiesen und verurteilte Hagedorn, noch über den Antrag des Staatsanwalts hinausgehend, zu zwei Jahren Gefängnis.

Um die Kohlenzuschüsse.

Streitigkeiten zwischen Hausbesitzer und Mietern wegen mangelhafter Kohlenversorgung für die Zentralheizung haben einem Hausbesitzer eine schwere Strafe eingebracht. In dem Hause Konstanzer Str. 68 war der Mieterauschuß seit dem Jahre 1919 mit seinem damaligen Hauswirt, dem Fabrikbesitzer Wilhelm Jilenski, in dauernden Streitigkeiten. Die Mieter klagten, daß sie in dem Winter 1919/20 fast ohne Heizung gewesen seien, und auch in dem folgenden Winter kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Daraus entsponnen sich über die zu zahlenden Kohlenzuschüsse Streitigkeiten. Der Hauswirt brachte eine einseitige Verfügung heraus, durch die die Mieter zu zahlen verpflichtet wurden. Der Mieterauschuß behauptete, daß der Hauswirt eine falsche eidesstattliche Versicherung über die Vorlage der Abrechnung und über die Kohlenrechnungsbeträge abgegeben habe. Das führte zu einer Anklage, die geltend gegen Jilenski vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung kam. Das Gericht verurteilte den Angeklagten auch wegen Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung zu vier Monaten Gefängnis, billigte ihm aber Strafausschlag bis zum Jahre 1923 zu. Jedoch wurde dem Angeklagten auch eine Geldbuße von einer Million Mark auferlegt, die bis zum 1. Mai 1923 zu zahlen ist.

Neue Mieterhöhung durch die — Schornsteinfegermeister.

Im Berliner Polizeipräsidentium fanden gestern nachmittags Besprechungen über eine neue Heraussetzung der Mieten infolge der Forderungen der Schornsteinfegermeister statt. An der Konferenz nahmen Vertreter der organisierten Mieterchaft, des Bundes Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, des Magistrats und der Schornsteinfegermeister teil. Bekanntlich haben die Schornsteinfeger unter Erleichterung eine nicht wesentliche Heraussetzung der Rechnungen verlangt, die eine starke Belastung der Mieterschaft darstellt. Bei der Besprechung erklärten die Vertreter des Bundes Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine, daß die Mieterschaft gegen diese neue Belastung scharfsten Protest einlegt. Die Rebezirke der Schornsteinfegermeister seien im Gegensatz zu anderen

Städten derart klein, daß jeder Meister nur einen Gesellen beschäftigen könne. Die Meister verlangten jetzt ein Einkommen in Höhe von 1% des Geselleneinkommens und Erstattung aller Unkosten von 0,75 Proz. des Geselleneinkommens. Die Mieterschaft empfinde ein solches Verlangen um so ungerechter, als infolge der zu kleinen Bezirke der Meister überhaupt nicht mehr arbeiten, sondern lediglich den Gesellen beschäftigen könne. Die von den Mietern zu tragenden Schornsteinfegerlöhne betragen jetzt bereits 20 Proz. der monatlichen Grundmiete. Da die Schornsteine nur alle sechs Wochen einmal gereinigt werden, habe der Mieter für diese Arbeit das 42fache der Grundmiete zu zahlen. Der Vertreter des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine schloß sich diesen Darlegungen voll inhaltlich an. Danach verließen Hausbesitzer und Mieter zusammen die Sitzung und erklärten, daß sie nicht früher an weiteren Verhandlungen teilnehmen würden, bis das Meistergehalt herabgesetzt sei.

Die Gefahren der Aufstodungen.

Einheitliche Regelung für ganz Preußen. Für das Aufstodern von Gebäuden, das in den letzten Jahren mit Rücksicht auf die hohen Kosten von Neubauten einen immer größeren Umfang angenommen hat, galten bisher nur die allgemeinen baupolizeilichen Vorschriften, die natürlich auf diese bisher ungewohnte Bauweise nicht besonders eingestrichelt waren.

Das Baungesetz im Roffe-Haus hat nunmehr die Berliner städtische Baupolizei veranlaßt, besondere polizeiliche Bestimmungen für das Aufstodern von Gebäuden auszuarbeiten, in denen die bisher auf diesem Gebiet gemachten Erfahrungen verwertet werden und die dazu dienen sollen, eine Wiederholung derartiger Einsturzkatastrophen nach Möglichkeit auszuschließen. Die betreffenden Vorschriften werden zurzeit in den verschiedenen Dezernaten der Baupolizei bearbeitet. U. a. beabsichtigt man, bei allen künftigen Aufstodungen den Einbau von Zwischengerüsten zwischen dem alten und dem neu zu errichtenden Gebäudeteil zu verlangen, die die bewohnten Räume des aufzustodenden Hauses davor bewahren sollen, durch etwa einstürzende Neubauweise in Mitleidenschaft gezogen zu werden. Besondere Vorschriften sollen ferner über die höchstzulässige Belastung der obersten Decken erlassen werden. Für den Fall, daß auf diesen Decken Baumaterial aufgestapelt werden muß, will man die Errichtung einer besonderen Bohlenunterlage fordern, die eine zu starke Belastung der eigentlichen Decke verhindern soll. Wie wir erfahren, soll auf der Grundlage der von der Berliner Baupolizei ausgearbeiteten Vorschriften dann eine einheitliche Regelung der Aufstodungsvorschriften für ganz Preußen durch den Bohlsfahrtsminister erfolgen, da ja diese Bauweise nicht nur in Berlin, sondern in fast allen größeren Städten in Aufnahme gekommen ist.

Vertreter des Bohlsfahrtsministeriums und des Berliner Polizeipräsidentiums haben auch in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Berliner Aufstodungsarbeiten besichtigt, um sich über die dort getroffenen Sicherheitsvorkehrungen zu unterrichten und Material für die neuen Baupolizeivorschriften zu sammeln.

Die 11-Uhr-Polizeistunde. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm gestern der Verein der Kaffeehausbesitzer von Groß-Berlin und Provinz Brandenburg in scharfer Weise gegen die 11-Uhr-Polizeistunde Stellung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mehrzahl der Kaffeehausbetriebe gezwungen sei, umfangreiche Entlassungen von Angestellten vorzunehmen. Neben der frühen Polizeistunde habe der in den letzten Tagen bekannt gewordene Entwurf eines Koffizienkaffeehauses große Unruhe in das Gewerbe gebracht.

Jugendweihe Pankow. Der Lebenskunde-Unterricht beginnt heute, Donnerstag, den 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Jugendheim Pankow, Breite Straße 82, Eingang Finanzamt. Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Die Nacht der Finsternis von Tolstoi (Hauptrolle Holo Leichtenstein) Dienstag, den 27. Februar, 7 Uhr im Central-Theater, Alte Jakobstraße, Preis pro Karte 500 M. Garderobe und Theaterzettel frei. Karten im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr., Zimmer 8. — Proletarische Theater und am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße. Zum ersten Male bringt der Sprechchor das Chorwerk 'Turm der Gemeinnützigkeit'. Karten à 250 M. an den bekannten Stellen, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und im Landgebäude, Abteilung Landhandlung, Sophienstr. 21. — Für sämtliche Theatervorstellungen im Monat Februar wird ein Zuschlag von 50 M. pro Karte erhoben. — Wir bitten, die Beträge für die Oper noch im Laufe dieser Woche abzurechnen.

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

31] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julia Gumpert. 5. Meadville stand in der Nähe des Lagertores und beobachtete die Motorlastzüge, die nach der Hauptstraße zu vorbeifuhren. Grau, schwerfällig und schlammbedeckt ratterten sie vorbei, hüperten durch die Löcher in der ausgefahrenen Straße und dehnten sich, so weit er sehen konnte, zu einem endlosen Zuge aus, hinunter in die Stadt und den ganzen Weg hinaus. Er stand breitbeinig da und spuckte auf die Straße. Dann wandte er sich an den Korporal, der neben ihm stand und sagte: „Da vorn geht bestimmt was vor.“ „Sicher“, sagte der Korporal und schüttelte den Kopf. „Daniels, der an der Front war, sagt, die Hölle sei ausgebrochen.“ „Wann werden wir 'ne Aktion sehen?“, fragte Meadville grinsend. „Ich würde das beste Stück Vieh von meiner Farm geben, könnte ich 'ne richtige Aktion sehen.“ „Hast du 'ne Farm?“ fragte der Korporal. Motorlastzüge ratterten monoton vorbei. Die Führer waren so mit Schlamm und Schmutz bedeckt, daß man ihre Uniform nicht sehen konnte. „Was denkst du denn,“ meinte Meadville. „Glaubst du etwa, daß ich 'n Geschäft habe?“ Fuselli kam an ihnen vorbei. „Hör' mal, Fuselli,“ rief Meadville. „Korporal sagte, da vorn sei die Hölle ausgebrochen. Gibt vielleicht Pulver zu riechen.“ Fuselli hielt an und gestellte sich ihnen zu. „Der arme Bill Gray hat wahrscheinlich schon reichlich Pulver gerochen,“ sagte er. „Ich wünsche, ich wäre mit ihm gegangen,“ sagte Meadville. „Werde diesen Trick selbst versuchen, jetzt, wo das schöne Wetter da ist, wenn wir uns nicht bald in Bewegung setzen.“ „Zu gefährlich.“ „Hört mal den Mann an. Der glaubt, es sei zu gefährlich in den Gräben. Meinst du etwa, daß du da 'n Federbett geliefert kriegst?“

„Ach was, ich will doch an die Front. Man will aber auch vorwärts kommen in dieser Armee.“ „Wozu vorwärtskommen?“ sagte der Korporal. „Man kommt deswegen doch nicht eine Minute früher nach Hause.“ Ein neuer Zug von Lastautos fuhr vorbei und verschluckte ihr Gespräch. Fuselli packte Medikamente in eine Kiste. Beim Arbeiten hörte er zu, wie Daniels mit Meadville sprach, der neben ihm arbeitete. „... Na, das Gas ist die verfluchteste Geschichte, von der ich je gehört habe,“ sagte er. „Habe Leute gesehen, denen die Urine wie Blasen davon angeschwollen waren.“ „Warum bist du ins Krankenhaus gekommen?“ fragte Meadville. „Lungenentzündung,“ antwortete Daniels. „Ich hatte einen Kameraden, der von einer Granate direkt in zwei Teile gespalten wurde. Er stand so nahe bei mir, wie du jetzt und piff Tipperary, als da plötzlich nur ein großer Blutseid war und er dalag mit aufgerissener Brust. Der Kopf hing wie an einem Faden herunter.“ Meadville spuckte auf die am Boden ausgestreuten Sägespäne. „Na, was glaubst du, geht jetzt an der Front vor?“ „Verdammt, wenn ich das wüßte.“ „Dieses Hospital da in Orleans war so voll, daß Leute draußen auf dem Pflaster auf Krankenbahnen den ganzen Tag warteten. Kenne das. Die Kerls sagten, daß da vorne die Hölle ausgebrochen sei. Die Frigies scheinen im Vormarsch zu sein.“ Meadville sah ihn ungläubig an. „Diese Kojnasen,“ sagte Fuselli. „Die können ja gar nicht vorrücken, sterben ja schon Hungers.“ „Du bist wohl auch so einer,“ meinte Daniels, „der alles glaubt, was in der Zeitung steht?“ Die Soldaten sahen Daniels unwillig an. Sie arbeiteten schweigend weiter. Plötzlich kam der Leutnant herein. Er ließ die Tür offen hinter sich. „Kann mir irgend jemand sagen, wo Sergeant Dister ist?“ „Er war vor einigen Minuten hier,“ antwortete Fuselli. „Wo ist er aber jetzt?“ schnauzte der Leutnant ärgerlich. „Weiß nicht,“ murmelte Fuselli und wurde rot.

„Sieh nach und suche ihn.“ Fuselli marschierte ab. Draußen vor der Tür hielt er an. Sein Blut kochte vor Wut. Wie zum Teufel konnte er wissen, wo der erste Sergeant war. Er sollte wohl noch Hellscher werden! Die ganze Bitterkeit, die sich in seinem Bewußtsein angestaut hatte, strömte an die Oberfläche. Sie hatten ihn nicht richtig behandelt. Er fühlte eine hoffnungslose Wut gegen diese ungeheure Treitmühle, an die er angeheftet war. Die endlose Monotonie des Drills und der Paraden erwachte in seinem Bewußtsein. Er fühlte, er könne nicht weitermachen. Er wußte, daß er weitermachen müsse und werde, daß es kein Halt gebe, daß seine Frühe im Gleichschritt, in dem Tritt der anderen Füße dieser ungeheuren Treitmühle sich weiterbewegen würden. Plötzlich sah er den Sergeanten. „Sergeant!“ rief er. Dann ging er vertraulich an ihn heran und sagte: „Der Leutnant will dich gleich da drüben sprechen.“ Er schlich zu seiner Arbeit zurück und kam gerade zur rechten Zeit, um den Leutnant in strengem Tone zu dem Sergeanten sagen zu hören: „Sergeant, wissen Sie, wie die Papiere für das Kriegsgericht fertiggestellt werden?“ „Zu Befehl,“ antwortete der Sergeant mit überraschtem Gesicht. Er folgte dem Leutnant zur Tür hinaus. Fuselli spürte einen plötzlichen panischen Schrecken. Er arbeitete weiter, automatisch, seine Hände aber zitterten. Er durchsuchte sein Gedächtnis, um irgendeinen Verstoß gegen die Armeedordnung zu finden. Der Schrecken wich so schnell, wie er gekommen war. Natürlich, er hatte keine Ursache, sich zu fürchten! Er lachte weich in sich hinein. „Was für ein Narr bin ich doch, so erschreckt zu sein.“ Er fuhr in seiner Arbeit fort, den ganzen langweiligen Nachmittag. Abends verammelte sich fast die ganze Kompanie in einer Gruppe am Ende der Baracken. Beide Sergeanten waren weg. Der Korporal sagte, er wisse nichts und ging mürrisch zu Bett. Schließlich sagte jemand: „Ich wette, dieser Jude, der Eisenstein, ist 'n Spion.“ „Der ist auch nicht in den Vereinigten Staaten geboren, nicht? Argendwo in Polen oder sonst so einem verdammten Land. Sprach auch immer so komisch.“ (Fortsetzung folgt.)

